

## Pressespiegel vom 26.01.2012

### **Sächsische Zeitung**

#### **Immunität bleibt vorerst erhalten**

Berlin. Die Staatsanwaltschaft Dresden darf die Ermittlungsverfahren gegen die sächsischen Linke-Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert vorläufig nicht einleiten. Der Immunitätsausschuss beschloss gestern, die dafür vorgesehene Frist bis zum 15. Februar auch wegen möglicher Verfahrensfehler zu verlängern, wie Leutert der dpa sagte. Leutert und Lay hatten im Februar 2011 in Dresden an Aktionen gegen einen angemeldeten Neonazi-Aufmarsch teilgenommen. Die Staatsanwaltschaft will deshalb gegen beide wegen „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung ermitteln. Ihnen droht damit die Aufhebung der Immunität. Ohne Fristverlängerung hätte die Staatsanwaltschaft ihr Vorhaben 48 Stunden nach ihrem Antrag beim Bundestagspräsidenten umsetzen können. (dpa)

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Sachsen/Immunitaet\\_bleibt\\_vorerst\\_erhalten/articleid-2973559](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Immunitaet_bleibt_vorerst_erhalten/articleid-2973559)

### **Dresdner Neueste Nachrichten**

#### **Parteiveteranen der Dresdner SPD sammeln Spenden für Blockierer vom Februar 2011**

*dpa / sl*

Dresden. Veteranen der Dresdner Sozialdemokratie wollen Geld für friedliche Blockierer von Neonazi-Aufmärschen sammeln. „Wir rufen zur Spende von einem Euro für die Bezahlung eventueller Prozesskosten auf“, hieß es in einem Appell vom Mittwoch. Vorbild sei die 1989 von der „Gruppe der 20“ - einer Vertretung der Demonstranten gegenüber Ordnungskräften und SED-Obrigkeit - initiierte Aktion „1 Mark als Dresdens Votum für Demokratie“. Damit hatten die Menschen damals Flagge gegen das Regime gezeigt. „Die Spenden waren ein Votum der Bürger und eine Art Legitimation der nicht demokratisch gewählten Gruppe“, sagte Appell-Mitinitiator Roland Nedeleff.

Vor den geplanten Neonazi-Aufmärschen und Gegendemonstrationen um den 13. Februar richte sich die „1-Euro-Spendenaktion“ gegen „eine braune totalitäre Ideologie“. Neonazis nutzen das Gedenken an die Zerstörung Dresdens 1945 alljährlich für Aufzüge, gegen die sich jeweils Widerstand formiert. In der Vergangenheit kam es dabei auch zu schweren Ausschreitungen. „Dresden ist und bleibt bunt und wir überlassen unsere schöne Stadt nicht den Nazis!“, appellierten die acht Politiker im Ruhestand. Die Staatsanwaltschaft bewertet die Blockade angemeldeter Aufzüge als Straftat und hat zu Fällen aus der Vergangenheit Verfahren eingeleitet.

„Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist es ein großes Bedürfnis, sich durch eine friedliche Blockade von Demonstrationsstrecken ganz unmittelbar dafür einzusetzen, dass Nazis nicht durch unsere Stadt laufen“, sagte die Dresdner SPD-Vorsitzende Sabine Friedel. „Unser derzeitiges Versammlungsrecht sieht solche Blockaden, selbst wenn sie absolut friedlich verlaufen, als Straftat an. Auf dieser Basis müssen

dann Strafbefehle gegen Menschen erlassen werden, die sich für die Verteidigung unserer Demokratie einsetzen."

Bereits im Fall des ersten verurteilten Blockierers vom Februar 2011 hatte es Hilfe von außen gegeben. Wolfgang Schaller, Intendant der Dresdner Herkuleskeule, hatte angekündigt, die 300 Euro Geldstrafe, die das Amtsgericht Dresden verhängt hatte, übernehmen zu wollen.

© DNN-Online, 25.01.2012, 14:02 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Parteiveteranen-der-Dresdner-SPD-sammeln-Spenden-fuer-Blockierer-vom-Februar-2011-3516400746>

---

## **Vorläufig keine Ermittlungsverfahren gegen Linke-Abgeordnete Lay und Leutert**

*dpa*

Berlin. Die Staatsanwaltschaft Dresden darf die von ihr geplanten Ermittlungsverfahren gegen die beiden sächsischen Linke-Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert vorläufig nicht einleiten. Der Immunitätsausschuss beschloss am Donnerstag, die dafür vorgesehene Frist bis zum 15. Februar auch wegen möglicher Verfahrensfehler zu verlängern, wie Leutert sagte.

Leutert, der auch der Sprecher der Landesgruppe Sachsen der Linken im Bundestag ist, hatte wie Linke-Bundesgeschäftsführerin Lay im Februar 2011 in Dresden an Aktionen gegen einen angemeldeten Neonazi-Aufmarsch teilgenommen. Zu Wochenanfang war bekanntgeworden, dass die Staatsanwaltschaft deshalb gegen beide wegen „Sprengrung“ einer genehmigten Versammlung Ermittlungsverfahren einleiten will. Ihnen droht damit die Aufhebung der Immunität. Ohne die Fristverlängerung hätte die Staatsanwaltschaft ihr Vorhaben 48 Stunden nach ihrem Antrag beim Bundestagspräsidenten umsetzen können.

Die Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft auch gegen andere Linke-Politiker sind umstritten. In gut drei Wochen wollen in Dresden erneut Neonazis aufmarschieren. Dagegen formiert sich bereits seit Monaten Widerstand. 2010 und 2011 hatten Tausende Gegendemonstranten die Neonazi-Aufmärsche verhindert. Bei Ausschreitungen im Vorjahr waren mehrere Polizisten verletzt worden.

© DNN-Online, 26.01.2012, 19:15 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Vorlaeufig-keine-Ermittlungsverfahren-gegen-Linke-Abgeordnete-3288082253>

---

## **SPD scheitert im Landtag mit Aufruf gegen Rechten-Demo**

*dpa*

Dresden. Sachsens SPD ist im Landtag mit einem Aufruf zu friedlichen Protesten gegen die im Februar geplanten Neonazi-Demonstrationen in Dresden gescheitert. CDU und FDP beharrten am Donnerstag darauf, dass sich das Parlament von Blockaden der Demonstrationen distanziert. SPD-Fraktionschef Martin Dulig, Linke und Grüne zeigten sich tief enttäuscht.

Dulig hatte im Vorfeld eindringlich dafür geworben, ein deutliches Signal der Einigkeit auszusenden: „Es muss einen gemeinsamen Kern der Debatte geben, nämlich dass wir gemeinsam den Rechtsextremismus bekämpfen.“

Die SPD-Fraktion zog nach der emotionalen Debatte schließlich ihren Antrag zurück. Zuvor hatte sie mehrfach angeboten, ihren Antrag zu ändern, um CDU und FDP umzustimmen. Nachdem dies scheiterte, warf Dulig der Koalition erregt vor: „Ich glaube ihnen ihr Engagement gegen Rechtsextremismus nicht mehr.“ Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) schwieg trotz Aufforderung der SPD, eine Stellungnahme abzugeben.

Die Diskussion illustrierte einmal mehr den Streit, den es in Sachsen um die Zulässigkeit von Blockaden gibt. Während CDU und FDP Blockaden für unzulässig halten, sehen Linke, SPD und Grüne diese als legitime Mittel der Gegenwehr. Auf diese Weise hatten tausende Demonstranten in den beiden vergangenen Jahren verhindert, dass Rechtsextremisten am Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch die Stadt marschieren konnten. 2011 eskalierte allerdings Gewalt von Links und Rechts, mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

© DNN-Online, 26.01.2012, 23:01 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/SPD-scheitert-im-Landtag-mit-Aufruf-gegen-Rechten-Demo-441104920>

---

## **Bischöfe und Theologen rufen zu Blockaden am 13. Februar in Dresden auf**

Dresden. Mehrere Bischöfe und Theologen haben gemeinsam zu Blockaden gegen die Naziaufmärsche am 13. und 18. Februar in Dresden aufgerufen. Unter dem Motto "Nächstenliebe verlangt Klarheit - Kein Naziaufmarsch, nirgendwo" rufen bisher mehr als 50 Unterzeichner zur Teilnahme an den Protesten auf.

In dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) heißt es unter anderem: „Gerade als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert uns der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen.“ Zu den Unterzeichnern gehören bisher unter anderem die beiden evangelischen Landesbischöfe Ralf Meister und Ilse Junkermann sowie Katrin Göring-Eckardt, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages und Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

„Weil wir als Christen und Christinnen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen," sagte Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft. „Von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden lassen wir uns nicht irritieren. Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.“

Im Rahmen der Geschehnisse rund um den 13. Februar in Dresden ist die Frage der Legitimation von Blockaden der wohl umstrittenste aller Punkte. Vor allem CDU und FDP lehnen Blockaden rundweg ab, während das Bündnis Dresden-Nazifrei

argumentiert, dass nur Blockaden die Nazi-Aufmärsche stoppen könnten. Auch juristisch stehen die Blockaden im Fokus: Gegen rund 70 Personen, die 2011 den Aufmarsch der Rechten verhindert hatten, ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft. Bisher wurde ein Blockierer freigesprochen, ein weiterer zu 300 Euro Strafe verurteilt, die allerdings der Intendant der Dresdner Herkuleskeule übernommen hat. Um bei weiteren Fällen die Verurteilten unterstützen zu können, haben jetzt Parteiveteranen der Dresdner SPD eine Spendensammlung initiiert.

Auch 2012 werden im Februar wieder Nazi-Demonstrationen erwartet. Allerdings wird inzwischen damit gerechnet, dass der Schwerpunkt auf dem 13. Februar liegt. Ursprünglich war die große Nazi-Demo erst für den 18. Februar erwartet worden.

© DNN-Online, 27.01.2012, 10:45 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Bischoefe-und-Theologen-rufen-zu-Blockaden-am-13-Februar-in-Dresden-auf-39738860>

---

## **Dresdner Kirchen distanzieren sich von Blockade-Aufruf zum 13. Februar**

*Thomas Baumann-Hartwig / sl*

Dresden. Die Dresdner Kirchen distanzieren sich vom Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsexremismus, am 13. und 18. Februar in Dresden rechtsextreme Aufmärsche zu blockieren und "christliche Blockadepunkte" zu schaffen. "Es wäre gut gewesen, wenn die Initiatoren des Blockadeaufrufs mit uns vor Ort gesprochen hätten", sagte der Dresdner Superintendent Albrecht Nollau am Freitag.

Er habe Verständnis für Menschen, die gewaltfrei Naziaufmärsche blockieren wollen. "Aber wir werden nicht zu Blockaden aufrufen. Blockaden sind nicht dazu geeignet, langfristige Ziele zu erreichen - die Rechtsextremen zum Umdenken zu bewegen", erklärte Nollau. Die Dresdner Kirchen beteiligen sich mit vielfältigen Aktionen wie Bittgängen, Mahnwachen und ökumenischen Gottesdiensten an den Protesten gegen rechtsextreme Demonstrationen am 13. und 18. Februar.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus hatte dazu aufgerufen, sich „der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen" und die befürchteten Aufzüge der Rechtsextremen zu blockieren. Zu den Unterzeichnern gehören bisher unter anderem die beiden evangelischen Landesbischöfe Ralf Meister und Ilse Junkermann sowie Katrin Göring-Eckardt, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages und Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Im Rahmen der Geschehnisse rund um den 13. Februar in Dresden ist die Frage der Legitimation von Blockaden der wohl umstrittenste aller Punkte. Vor allem CDU und FDP lehnen Blockaden rundweg ab, während das Bündnis Dresden-Nazifrei argumentiert, dass nur Blockaden die Nazi-Aufmärsche stoppen könnten. Auch juristisch stehen die Blockaden im Fokus: Gegen rund 70 Personen, die 2011 den Aufmarsch der Rechten verhindert hatten, ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft. Bisher wurde ein Blockierer freigesprochen, ein weiterer zu 300 Euro Strafe verurteilt, die allerdings der Intendant der Dresdner Herkuleskeule übernommen hat. Um bei weiteren Fällen die Verurteilten unterstützen zu können, haben jetzt Parteiveteranen der Dresdner SPD eine Spendensammlung initiiert.

Auch 2012 werden im Februar wieder Nazi-Demonstrationen erwartet. Allerdings wird inzwischen damit gerechnet, dass der Schwerpunkt auf dem 13. Februar liegt. Ursprünglich war die große Nazi-Demo erst für den 18. Februar erwartet worden.

© DNN-Online, 27.01.2012, 12:43 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Dresdner-Kirchen-distanzieren-sich-von-Blockade-Aufruf-zum-13-Februar-2934641376>

---

## **BILD, Ausgabe Dresden**

### **Hans-Jochen Vogel redet auf Antinazi-Demo in Dresden**

*Freitag, 27. Januar 2012, 14:29 Uhr*

Dresden (dpa/sn) - Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel ist Hauptredner auf der großen Antinazi-Demonstration am 18. Februar in Dresden. Das teilte die Arbeitsgruppe «13. Februar» am Freitag mit. Nach der Kundgebung auf dem Schlossplatz soll es den Angaben zufolge eine Demonstration rund um die Altstadt geben. Vor der Synagoge ist eine Abschlusskundgebung geplant. Die Aktionen stehen unter dem Motto «Mit Mut, Respekt und Toleranz. Dresden bekennt Farbe». Sie richten sich gegen einen für diesen Tag geplanten Aufzug von Rechtsextremisten. Das Bündnis «Dresden Nazifrei» hat separat zu Blockaden des Neonazi-Aufmarsches aufgerufen. Die Blockaden sind rechtlich umstritten, in Sachsen gelten sie als Straftat.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/hansjochen-vogel-redet-auf-antinazidemo-in-22322582.bild.html>

---

## **Mitteldeutscher Rundfunk**

### **Bündnis gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden – Regionalstudio Dresden Nachrichten**

Ein kirchennahes Bündnis ruft zur Beteiligung an Blockaden gegen geplante Neonazi-Aufmärsche in Dresden auf. Dem Bündnis gehören bereits mehr als 50 Politiker, Theologen und kirchlich Engagierte an. Wie in dem Aufruf betont wird, wollen sich die Unterzeichner nicht "von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden" irritieren lassen. Neonazis dürften nicht ungehindert durch Dresden marschieren, heißt es in dem Aufruf weiter.

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/nachrichten114.html#anchor3>

---

### **Landtag beschäftigt sich mit nächster Demo gegen Rechts in Dresden – Videobeitrag Sachsenspiegel**

[http://www.mdr.de/sachsen/video36402\\_zc-f1f179a7\\_zs-9f2fcd56.html](http://www.mdr.de/sachsen/video36402_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html)

---

## Radio PSR

### Dresden: Weiterer Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche

27.01.2012, 10:15 Uhr

Gegen die geplanten Naziaufmärsche Mitte Februar in Dresden formiert sich weiterer Widerstand. Ein kirchennahes Bündnis hat jetzt vor allem Christen zur Beteiligung an den Blockaden gegen die Rechtsextremisten aufgerufen. Dem Bündnis gehören bereits mehr als 50 Politiker, Theologen und kirchlich Engagierte an. Zu den Unterzeichnern zählen auch die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckhardt und Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2723537/Dresden\\_Weiterer\\_Widerstand\\_gegen\\_Nazi\\_Aufmaersche.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2723537/Dresden_Weiterer_Widerstand_gegen_Nazi_Aufmaersche.html)

---

Morgenpost, Ausgabe Dresden

13. Februar: Keine gemeinsamen Proteste

Dresden – Chance verpasst! Der Landtag ruft nicht gemeinsam zu friedlichen Protesten am 13. und 18. Februar in Dresden auf und setzt somit kein Zeichen gegen Rechtsextremismus. Einen Kompromissvorschlag der SPD zerredeten CDU und FDP.

Fast schon devot formuliert die SPD ihren Antrag, um auch den letzten CDU- und FDP-Abgeordneten zu überzeugen. Zitate vom MP Stanislaw Tillich (CDU) fanden sich darin, Statements der Arbeitsgruppe 13. Februar der Stadt Dresden. Die gemeinsame Kundgebung am 18. Februar mit Hans-Jochen Vogel wurde angeführt. „Konzentrieren wir uns auf das, was uns verbindet. Nicht auf das, was uns trennt“, SPD-Chef Martin Dullig. Ein Signal, was über den 13. Februar hinausgeht.

Doch es kam anders. Christian Hartmann (CDU) forderte ein Bekenntnis gegen jegliche Art von Blockaden. Damit stieß er vor allem bei Grünen und Linken auf Protest, die gerade in friedlichen Blockaden den Erfolg der Vorjahre sehen, dass Nazi-Demonstrationen unterbunden wurden. Linke, Grüne und SPD distanzieren sich allerdings erneut offen von „gewalttätigen Aktionen jeder Art“.

Doch die FDP wollte Blockaden komplett verbieten, zerfaserte den Antrag und forderte Änderungen. Auf die die SPD einging! Trotzdem lehnte die FDP ab, mit CDU-Applaus. Dullig zog entnervt seinen Antrag zurück: „Ihr Bekenntnisfetischismus kotzt mich an. Wir sind so weit gegangen, für ein gemeinsames Zeichen. Aber Sie wollen einfach nicht! Ich glaube Ihnen Ihr Engagement gegen Rechtsextremismus einfach nicht mehr!“ Innenminister Markus Ulbig zum Schluss traurig an seine CDU: „Ich dachte, wir wären auf einem gut Weg gewesen.“ **JU**

---